

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mkt., bei Platzvorrück 2.30 Mkt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mkt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mkt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vorwärtags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die bayrischen Bauern dürfen ihre Flinten behalten.

Ein Interview Wirths.

Berlin, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Berliner Korrespondent des *Matin* hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in der der Kanzler zu den wichtigsten Tagesfragen folgendes ausführte: „Die Regierung wird sich darauf beschränken, die zweckmäßigsten Methoden zu suchen, um die Wiedergutmachung in ihrem ganzen Umfang auszuführen, und besser als alle Reden werden unsere Geld- und unsere Naturausleistungen die Wege zur Verständigung ebnen. Insbesondere werde ich dafür Sorge tragen, daß die im Ultimatum festgesetzten Fristen genau eingehalten werden.“ Auf die Bemerkung des Korrespondenten, daß man in Frankreich nicht glaube, daß Bayern ohne Hintergedanken entlassen wolle, erklärte Wirth: „Die Berichte lassen mich die Lage in Bayern sehr günstig beurteilen. Ich kenne Escherich, man mißtraut seinen Absichten. Er wünscht von ganzem Herzen die deutsche Einheit, und um dieser Einheit willen wird er vor den schwersten Opfern nicht zurückschrecken.“ Auf den Einwurf des Korrespondenten, daß es überrasche, daß Bayern mit solcher Hartnäckigkeit gegen die Auflösung seiner Einwohnerwehr kämpfe, obwohl diese ja doch entwaffnet sei, erklärte der Kanzler: „Ich bin überzeugt, daß es in Bayern keine geheimen Waffenslager gibt. In einigen Tagen werden die Einwohnerwehren ihre schweren Waffen, Maschinengewehre, Kanonen und Minenwerfer in den Depots abgeliefert haben, wo sie zerlegt werden. Gewiß werden wir mehr Schwierigkeiten bei der Ablieferung der Handfeuerwaffen haben. Indes bin ich sicher, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr Ende Juni zum größten Teil durchgeführt sein wird. Ich sage zum größten Teil, denn wie könnte man die bayrischen Bauern hindern, ihre Flinten zu behalten.“ Zur obersten Frage und der Haltung des Generals Höfer erklärte der Reichskanzler: „Ich erwarte zuversichtlich, daß die Interalliierte Kommission in Opatowitz mit dem General Höfer ein Abkommen trifft.“

Wenn der Berichtstatter des *Matin* die Worte des Reichskanzlers richtig wiedergegeben hat — woran man angesichts ihrer Ungeheuerlichkeit schier zweifeln möchte —, dann hat Wirth die Karten offen aufgedeckt, die Kayser bisher geschickt verborgen hatte. Er hat mit unmissbarer Offenheit zugegeben, daß die ganze Entwaffnung eine Komödie sei, und sich mit empörender Selbstüberschätzung auf die Seite der reaktionären bayrischen Bauern gestellt, die nicht daran denken, ihren Schlegel aus der Hand zu geben, ja sie sogar zur Widerständigkeit gegen das Entwaffnungsgebot seines eigenen Entwaffnungskommissars aufgemuntert.

Man kann danach ersehen, was von den Meldungen der bürgerlichen Blätter zu halten ist, daß die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehr weitere Fortschritte mache, daß die in ihrem Besitz befindlichen Waffenlager zum größten Teil schon abgeliefert sind usw. Die Regie scheint gut zu klappen: die Waffen, die zur Ablieferung bestimmt sind, werden prompt abgeliefert, die andern — fragt nur die bayrischen Bauern oder Herrn Wirth, der ihnen so wohlwollend zugetan ist!

Bayern hält die Fristen nicht ein.

Paris, 8. Juni. (T. U.) In einer amtlichen französischen Meldung aus München wird hervorgehoben, daß die von der bayrischen Regierung geforderte Ablieferung der leichten Waffen und der Geschütze der Einwohnerwehren bis zum 30. Juni nicht ganz den Vorschriften der Kontrollkommission entspreche, da diese bis zum 10. Juni die Ablieferung von Zweidrittel der Waffen gefordert hat.

Eine Vorstellung der Entente über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen.

Berlin, 7. Juni. Auf der von der interalliierten Militärkontrollkommission verlangten Liste der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen hatte die deutsche Regierung die Organisation Escherich, die ostpreussischen Wehren und die bayrischen Einwohnerwehren genannt, worauf die Kommission erwiderte, daß die Liste nicht alle aufzulösenden Selbstschutzorganisationen enthalte. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß die in zahlreichen Orten Deutschlands früher vorhandenen mit Militärwaffen versehenen, aber inzwischen entwaffneten Organisationen durch Erlaß der Landesregierungen über die Auflösung der Einwohnerwehren überall, außer in Bayern und Ostpreußen, aufgehört hätten, zu bestehen. Durch Rundtelegramm seien die Regierungen der Länder erlucht worden, sofort nachzuprüfen, ob sich etwa Organisationen der Verpflichtung zur Auflösung entzogen haben. Wenn dies der Fall sein sollte, würde alsbald die Auflösung auf Grund des Gesetzes vom 22. März bewirkt werden.

Der Dank der russischen Monarchisten an Kayser.

München, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der russische Monarchistenkongress in Bad Reichenhall beschloß in seiner letzten Sitzung die Absendung eines Danktelegramms an den bayrischen Ministerpräsidenten v. Kayser für die gewährte Gastfreundschaft und Hilfe. In seiner Schlußdeklaration, die in der gestrigen Abendausgabe der *Münchener Neuesten Nachrichten* veröffentlicht ist, wendet sich der Kongress an alle, die ihre alten Vergehen gegen die Heimat bereuen, mit dem flammenden Aufruf, sich zusammenzuschließen in den Reihen des nun wirklichen monarchischen Bundes unter Führung des auf dem Kongress gewählten Obersten Rates. Dem russischen Landarbeiter wird die Monarchie schmachhaft gemacht, indem man ihm verspricht, daß er sichergestellt werde durch ein Landstück, das sein volles Eigentum bilde und das groß genug ist, um nicht nur ihn und seine Familie zu ernähren, sondern ihm auch ermöglicht, Ersparnisse zu machen. Das Recht der freien Arbeit, die durch das Gesetz vor jeder Ausbeutung zu schützen sei, bürgerliche und politische Freiheit und die Gleichheit aller vor dem Gesetz, sowie die Befreiung der gesamten russischen Bevölkerung wird in dieser Schlußdeklaration auf dem Papier versprochen. Weiter heißt es dann: „Ruhland wird in seinem früheren Glanze wieder aufstehen, geschützt von seiner Volksarmee, nicht mehr einer roten oder weißen, sondern der kaiserlich russischen Armee, und in dieser wird auch die alte Kampflosung wieder ertönen: für den Glauben, den Zaren und das Vaterland.“ Es zeige sich, daß ohne Wiederherstellung der Monarchie Rußland eine Gesundung der wirtschaftlichen Lage in Westeuropa nicht möglich sei.

Kommunistische „Aktion“ in Waldenburg.

DA. Waldenburg, 7. Juni. Heute vormittag kam es beim Einfahren der Belegschaften im Waldenburger Kohlenrevier zu kommunistischen Ansammlungen, in denen die Fortführung des Streiks beschlossen wurde. Als die Belegschaften auf Grund des Beschlusses der Streikleitung ihre Tätigkeit aufnehmen wollten, truppelten sich an den verschiedenen Schächten eine Reihe von Kommunisten, die den Zutritt der arbeitswilligen Arbeiter zu verhindern suchten. Teilweise sind die Belegschaften in die Schächte eingefahren, doch ist zu befürchten, daß durch den kommunistischen Terror eine Gefahr für die Bergarbeiter erwächst. — Um 9 Uhr vormittag fand erneut eine Versammlung der kommunistischen Arbeiter statt, in der die Forderung aufgestellt wurde, daß bis 12 Uhr ein Beschluß der Betriebsräte herbeizuführen sei, den Streik weiter zu führen. Sie drohten mit Ablegung der Streikleitung, an deren Stelle eine neue gewählt werden solle, die den Streik fortzusetzen habe. Von den zuständigen Behörden sind alle Schutzmaßnahmen in die Wege geleitet worden. Zur Sicherung der Arbeitswilligen wurde bereits Schutzpolizei eingesetzt. — Die Drohungen sind nach neuesten Meldungen inzwischen in die Tat umgesetzt worden. Die bisherige Streikleitung ist durch eine kommunistische ersetzt worden. Gleichzeitig wurden kommunistische Aktionsausschüsse und Kommissionen gebildet, die für die Befehle der Schächte Sorge tragen. Arbeitswillige werden von der Arbeit ferngehalten. Unter den Agitatoren wurden angeblich auswärtige Führer aus dem Ruhrgebiet und Mitteldeutschland festgestellt.

England wünscht kein Bündnis mit Frankreich.

London, 7. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der *Daily News* schreibt, in England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht. Die britische und die französische Politik seien heute radikal von einander verschieden. Es sei zwecklos, zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel haben, wenn es doch nicht der Fall sei.

Belgien demobilisiert.

Brüssel, 7. Juni. (D. U.) Wie die Blätter melden, will die belgische Regierung alle im Laufe des Mai einberufenen Reservegruppen, die an der eventuellen Ruhrbesetzung teilnehmen sollten, bis zum 20. Juni entlassen, da nach Ansicht der belgischen Regierungskreise eine Befehung deutscher Gebietsteile nicht mehr in Frage komme.

Belgien besteht auf seinen Vorzugsrechten.

Paris, 8. Juni. (T. U.) Laut einem offiziellen Telegramm aus Brüssel will Belgien nicht von den Erträgen der deutschen Obligationen befreit werden, sondern es besteht auf vorzugsweiser Befriedigung aus allen Zahlungen, die Deutschland zu leisten hat, wenn die Kosten der Besatzungstruppen zunächst abgezahlt sind. Diese Kosten sollen auf der bevorstehenden Konferenz in London oder Paris festgesetzt werden. Die erste Goldmilliarde dürfte so eventuell ganz an Belgien fallen.

Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 7. Juni. (Reuter.) Der Exekutivauschuss der Bergarbeiter beschloß, eine Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes auf den 10. Juni einzuberufen und die Abstimmung der Mitglieder über die Vorschläge der Grubenbesitzer zu empfehlen.

Die Schuld des deutschen Generalstabes.

W. Oc. Die deutsche Öffentlichkeit hat in diesen Tagen wieder einmal etwas von der Tätigkeit des für lange Zeit lausl entlassenen parlamentarischen Untersuchungsausschusses gehört, der sich mit den Fragen der Kriegsschuld beschäftigte. Der eigentliche Zweck des Ausschusses — nämlich die wirklich verantwortlichen Männer festzustellen —, die den Krieg verschuldet, den Frieden verhindert und die Niederlage zu verantworten haben, hat unser so schnell vergessendes, politisch so leichtgläubiges Volk längst vergessen. Den Militärs und Politikern ist es mit Hilfe der kapitalistisch interessierten Presse, sowie den deutschnationalen Studenten und einer Horde antisemitischer Radaumacher gelungen, den Ausschuss zu einem Instrument ihrer Vertelbung zu machen, der möglichst viel Material herbeizuschaffen hat, womit die Öffentlichkeit verwirrt werden soll. Der erste Unterausschuss des Untersuchungsausschusses, der sich mit der Frage der militärischen Rüstungen und Mobilmachungen beschäftigte hat, hat ein neues Weißbuch herausgegeben, das die Angaben über die militärischen Kräfte enthält, mit denen die Großmächte im August 1914 in den Krieg eintraten, sowie über Zeitpunkt und Umfang jeder der damals angeordneten Mobilmachungen. Die gesamte bürgerliche Presse hat selbstverständlich nichts Eiligeres zu tun, als den Versuch zu machen, aus der Reihenfolge der Mobilmachungen den Sach zu konstruieren, daß alle andern Staaten, nur nicht Deutschland, die Schuld am Kriege trage. Dabei steht fest, daß am 25. Juli 1914 um 9 Uhr 30 Min. abends bereits die österreichisch-ungarische Teilmobilmachung gegen Serbien, 8 Armeekorps umfassend, ausgesprochen wurde. Inzwischen hatte sich die politische Situation durch die Kriegstreiber in Wien wie in Berlin so verschärft, daß es für die Verantwortlichen beider Reiche kein Zurück mehr gab. Rußland, das mit seiner Mobilisation mehr als die dreifache Zeit aller übrigen Länder brauchte, geriet in eine schwierige politische Lage; es ordnete also am 29. Juli eine Teilmobilmachung an, der am 30. Juli, 8 Uhr abends die allgemeine Mobilmachung folgte. Wenn am Tage darauf die übrigen Staaten mobil machten, so war Rußland noch immer mindestens zehn Tage seinen Gegnern gegenüber bei der Mobilmachung im Nachteil. Oesterreich ordnete bereits am 23. Juli, 12 Uhr 30 Min. nachmittags, Frankreich am 1. August 4 Uhr 40 Min. und Deutschland am 1. August, 5 Uhr nachmittags die Mobilmachung an. Es ist bezeichnend für den Geist, in dem die Darstellungen dieses Weißbuchs sich bewegen, daß die Gutachten des Grafen Montgelas, aus denen in der Hauptsache das Weißbuch besteht, es so darzustellen, als ob Rußland bereits am 29. oder gar 28. insgeheim die allgemeine Mobilmachung befohlen habe, ja stellenweise wird fast behauptet, daß bereits am 26. Juli mit dem Inkrafttreten der Kriegsvorbereitungsperiode im europäischen Rußland eine geheime Mobilmachung verbunden gewesen wäre. Selbstamerweise enthalten die Gutachten und Untersuchungen des Ausschusses keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß der Ausschuss sich eingehend mit der Frage beschäftigt hat, ob in der Tat die deutsche Mobilmachung erst am 1. August erfolgt sei und ob nicht vielmehr die Tatsache, daß der Berliner Lokalanzeiger, der damals als offizielles Organ galt, schon mehr als 24 Stunden vorher den allgemeinen Mobilmachungsbefehl veröffentlicht konnte, die Vermutung nahelegt, daß auch die deutsche Mobilmachung bereits im geheimen vor der offiziellen begonnen hat.

Es ist eigenartig, daß die gesamten Gutachten des Ausschusses von dem keineswegs als objektiv bekannten Grafen Montgelas und Herrn Hoeniger stammen. Es wird behauptet, daß die Gutachten auch dem Hauptmann Meyer zur Gegenüberlegung vorgelegen hätten und daß dieser nichts an ihnen auszusagen gehabt habe. Diese Behauptung wird noch nachzuprüfen sein und wird irgendeine Erklärung finden müssen, sie würde wenig für die Zuverlässigkeit der Gutachten besagen, dagegen viel gegen Herrn Meyer. Es muß zum Beispiel, um nur einen der vielen Angriffspunkte herauszugreifen, die die Zusammenstellung der Gutachten bieten, als geradezu unerhört bezeichnet werden, daß als Anlage 55 ein Telegramm des Schwäbischen Merkur veröffentlicht wird, der am 1. August 1914 vormittags dem Großen Generalstab ein Telegramm seines Brüsseler Vertreters übermittelt. Darin heißt es: „Die Nachrichten scheinen darauf hinzudeuten, daß die französische Heeresleitung im Falle eines Krieges mit Deutschland den neutralen Boden Belgiens zum Durchzug ihrer Streitkräfte zu benutzen gedenkt.“ Truppenzusammenschüngen an der belgischen Grenze bilden die ganze Grundlage, die der Vertreter des Schwäbischen Merkur für diese seine Behauptung hat. Dieses Telegramm wagt der Graf Montgelas, der ja hier im Auftrage des Ausschusses handelt, als Aktensstück seinen Dokumenten beizufügen, um zu beweisen, daß bei der französischen Heeresleitung die Absicht bestanden habe, durch Belgien nach Deutschland zu marschieren und die belgische Neutralität